

# Signal für Privatisierung auf Rot stellen!

## Brief an Kurt Beck in der Mainzer Staatskanzlei übergeben

Drei Tage vor der Sitzung des SPD-Parteirats, die am 3. März im Berliner Willy Brandt-Haus stattfinden wird, protestierten am Freitag Privatisierungskritiker des Bündnisses „Bahn für Alle“ noch einmal in 20 Städten gegen die Börsenpläne. Auch in der Mainzer Staatskanzlei, dem Amtssitz des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und SPD-Bundesvorsitzenden Kurt Beck, überbrachten am Freitagmittag mehr als 20 Privatisierungsgegner aus Mainz, Wiesbaden, Frankfurt und der Pfalz, Bahn-Betriebsräte, SPD- und TRANSNET-Mitglieder Briefe, in denen sie den SPD-Chef zur Ablehnung des von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück eingebrachten „Holding-Modells“ aufforderten. Mit dabei war auch ein Kamerateme des ARD-Magazins Fakt.

Mit einer Veräußerung von Stammaktien der abgetrennten DB-Transportbereiche mit Stimmrecht an Finanzinvestoren oder internationale Transportkonzerne wolle das DB-Management offensichtlich hinter dem Rücken des Parlaments vollendete Tatsachen schaffen. Ein solches Vorgehen und das Hereinholen von renditehungrigen Kapitalgruppen würde den Interessen der Eisenbahner und der Allgemeinheit zuwiderlaufen und der Bahn als Rückgrat eines sozialen und ökologischen Verkehrsangebots enormen Schaden zufügen, warnten Roman Haug von Attac Mainz und Hans-Gerd Öfinger (Bahn von unten) im Schreiben an Beck. „Wir appellieren an Sie, in Berlin einen Beschluss herbeizuführen, der den



Willen der Parteibasis respektiert und darauf ausgerichtet ist, jeden Einfluss privater Investoren auf die Unternehmenspolitik der Bahn auszuschließen“, so der Brief im O-Ton. Ein gleichlautendes Schreiben bekam auch der Leiter der Staatskanzlei, Martin Stadelmaier, in seiner Eigenschaft als Mitglied des SPD-Parteirats.

Dem Protestbesuch in der Mainzer Staatskanzlei schloss sich der rheinland-pfälzische Juso-Landesvorsitzende Fabian Löffler ebenso an wie Theo Tekaas, ein gestandener Sozialdemokrat, der letzten Sommer im SPD-Unterbezirk Mainz einen nahezu einstimmigen Beschluss gegen die Bahnprivatisierung durchgesetzt hatte. Alfred Lange, Betriebsratsvorsitzender bei der Niederlassung der DB-Güterverkehrssparte DB-Schenker Railion für Hessen und

Rheinland-Pfalz, übergab der stellvertretenden Regierungssprecherin Monika Fuhr in Vertretung ihres erkrankten Chefs eine einstimmig gefasste Resolution seines Betriebsratsgremiums gegen jede Form von Privatisierung und Zerschlagung der Bahn.

Auch Michael Simon von der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in Bad Kreuznach forderte am Freitag in einer Presseerklärung den Erhalt und Ausbau der Deutschen Bahn in öffentlicher Hand: „Wir brauchen keine Börsenbahn, sondern eine Bahn der Bürger, die im Wettbewerb gegen Auto und Flugzeug ihre Position stärkt“. Dies gehe nur in öffentlicher Hand, wie Beispiele missglückter Privatisierungen in anderen Ländern zeigten.

*info@bahnvonunten.de  
Tel./Fax 0611.406807*

[www.bahnvonunten.de](http://www.bahnvonunten.de)